

MITTAGSPOST



30.11. Ausgabe 21/2018

Plenum

In dieser Sitzungswoche beschlossen wir elf Gesetze. Das wohl wichtigste Gesetz ist die **Änderung des Grundgesetzes**, damit wir die Bundesländer und die Kommunen künftig bei Investitionen in Schulen, den sozialen Wohnungsbau und den öffentlichen Nahverkehr unterstützen können. Bislang konnte der Bund den Ländern und Kommunen in diesen Bereichen nur eingeschränkt helfen. Das ändern wir mit dieser Grundgesetzänderung, bei der wir auch von den GRÜNEN und der FDP unterstützt werden. In dieser Wahlperiode investieren wir über 10 Milliarden Euro in Schulen, in Wohnungen und in den öffentlichen Nahverkehr - auch unsere Region profitiert davon!

Mit dem von uns durchgesetzten **Qualifizierungschancengesetz** sorgen wir dafür, dass sich Beschäftigte in Zeiten des digitalen Wandels weiterbilden können. Zusätzlich bauen wir den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus: Wer innerhalb von 30 Monaten mindestens zwölf Monate Versicherungszeit nachweist, hat künftig Anspruch auf Arbeitslosengeld. Vorher musste man 24 Monate Versicherungszeit nachweisen. Außerdem entlasten wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, indem wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte absenken.

Auch das **Energiesammelgesetz** haben wir diese Woche verabschiedet. Mit zusätzlichen Sonderausschreibungen für acht Gigawatt Erzeugungskapazität fördern wir den Ausbau der Erneuerba-

ren Energien in Deutschland. Das haben wir im Koalitionsvertrag errungen und nun umgesetzt. Es ist ein erster Erfolg, aber noch nicht genug.

Diese Woche habe ich zur **Änderung des Tierschutzgesetzes** im Plenum des Deutschen Bundestag gesprochen. Auch wenn es mir als **Tierschutzbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion** zuwider ist, die betäubungslose Ferkelkastration um zwei weitere Jahre zu verlängern, so stellt die Gesetzesänderung doch die Weichen für einen langfristig hohen Tierschutzstandard in Deutschland. Mit der Inhalationsnarkose stellen wir sicher, dass Ferkel in Deutschland künftig nach hohem Tierschutz-Standard kastriert werden können. Zusätzlich haben wir einen Entschließungsantrag beschlossen, der weitere 15 Verbesserungen im Tierschutzbereich vorsieht.

Im Innenausschuss hatten wir in dieser Woche die **Direktorin der Europäischen Polizeibehörde Europol, Catharine de Bolle** zu Gast. Sie stellte ihre Behörde und den Arbeitsplan für die kommenden Jahre vor. Dabei wurde die wachsende Bedeutung von Europol für die Kriminalitätsbekämpfung in Europa deutlich.



Europol-Direktorin Catherine de Bolle im Bundestag

Delfinhaltung in Zoos

Delfine können in Zoos nicht artgerecht gehalten werden. Das ist Fakt! Zwei sogenannte Delfinarien gibt es in Deutschland noch. Mit der NGO **Whale and Dolphin Conservation Deutschland** (WDC) habe ich darüber diskutiert, wie die Haltung von Delfinen in Zoos beendet werden kann. Die Tiere einfach auszuwildern, ist nicht ohne weiteres möglich, da sie noch nie in der freien Natur waren. Die WDC plant deshalb Refugien für Wale und Delfine in isländischen Buchten, wo die Tiere sicher ausgewildert werden können. Eine tolle Idee, die zusammen mit den Zoos und der Politik vorangebracht werden muss!



David Pfender von Whale and Dolphin Conservation Deutschland

Jugendmedien-Workshop

Der Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag gibt 30 medieninteressierten Jugendlichen zwischen 16 und 20 Jahren die Möglichkeit, den **politisch-parlamentarischen** sowie den **journalistischen Alltag** in Berlin kennenzulernen. Neben dem Besuch einer Plenarsitzung und der Hospitation in einer Redaktion, stand auch ein Gespräch mit Abgeordneten auf dem Plan. Gerne habe ich an diesem Gespräch teilgenommen. Dabei kam die ganze Bandbreite der Innenpolitik zur Sprache: Cyberangriffe, der sogenannte BKA-Trojaner, Datenschutz und die Politische Bildung. Besonders beeindruckt haben mich die klaren Meinungen bezüglich des Medienkonsums und der Informationsfähigkeit in unserer Gesellschaft. Das Unterscheiden **von Fakten und Meinungen** ist wichtig in einer Mediendemokratie, will aber auch erlernt sein. Nach dem Gespräch bin ich mir um so sicherer, dass ich so viele Gespräche wie möglich führen möchte, um über die Möglichkeiten, Chancen, aber auch Risiken zu sprechen, die unsere Gesellschaft bietet.

IHK Niedersachsen

In der Landesgruppe haben wir uns mit niedersächsischen Vertretern der IHK getroffen. Aus unserer Region nahm Dr. Joachim Peters teil. Wir waren uns einig, dass die Beschlüsse zum EEG im Bereich der **Offshore-Förderung** für die Küstenländer nicht ausreichend sind; leider hat es in den Verhandlungen an der Unterstützung der norddeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten gefehlt. Als Landesgruppe bleiben wir an dem wichtigen Thema dran. **Infrastrukturprojekte**, egal ob Stromtrassen, Straßen oder Breitbandausbau, sind enorm wichtig für unserer Region und waren natürlich auch Gegenstand des Treffens. Vor allem die Planungszeiten für solche Projekte müssen deutlich verkürzt werden, um einen schnellen Ausbau zu gewährleisten.

Bundesteilhabegesetz

Im Sommer vergangenen Jahres hat der Bundestag das Bundesteilhabegesetz beschlossen, mit dem die Teilhabe und die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen gestärkt werden soll. Damals habe ich den Gesetzesentwurf an viele Institutionen in meinem Wahlkreis verteilt und um Anregungen und Anmerkungen gebeten, die ich mit nach Berlin genommen habe. In dieser Woche habe ich mit **Holger Knoop**, von der **LAG für behinderte Menschen in Niedersachsen** eine Bilanz der Umsetzungsschritte besprochen. Wir waren uns einig, dass sich viel verbessert hat, es aber noch Probleme gibt. Auch wenn die nächsten Umsetzungsstufen erst kommen, leite ich die Kritik weiter, um Lösungen zu finden.